

SCHWEIZ

EMISSIONEN

Zürcher Entsorgungsgesellschaft ERZ arbeitet an CCS-Projekt

Zürich (energate) - Das CO₂, das in der Klärschlammverwertungsanlage Zürich bei der Verbrennung von Klärschlamm entsteht, soll abgeschieden und gespeichert werden. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) sucht nun per Submission einen Anbieter für den Abtransport und die Speicherung der Emissionen. Die Anbietenden sollen Preise in Franken pro Tonne CO₂ für Transport und Speicherung von bis zu 25.000 Tonnen CO₂ pro Jahr offerieren, teilte ERZ mit. Von den Offerierenden erwartet die Entsorgungsgesellschaft zudem, dass sie angeben, wie viel zusätzliches CO₂ beim Abtransport der Emissionen entsteht. Weiter sollen die Anbietenden einen Ort nennen, an dem das CO₂ dauerhaft gespeichert werden kann. Hierfür käme beispielsweise ein geologisches Tiefenlager oder Recyclingbeton infrage, so ERZ. Zur Minimierung der Investitionsrisiken strebt ERZ eine Vertragsdauer von mindestens 10 Jahren an.

CO₂-Abscheidung und -Verflüssigung kostet etwa 250 Franken pro Tonne

In der Klärschlammverwertungsanlage am Standort Werdhölzli in Zürich werden pro Jahr rund 90.000 Tonnen entwässerter Klärschlamm aus den Abwasserreinigungsanlagen des Kantons Zürich verbrannt. Dabei entstehen jährlich rund 22.000 Tonnen CO₂, das über den Kamin an die Umwelt abgegeben wird. ERZ hat gemäss eigenen Angaben bereits eine Machbarkeitsstudie zur CO₂-Abscheidung am Standort gemacht. Demnach könnte mit einer CO₂-Abscheidungsanlage ein Wirkungsgrad von rund 90 Prozent erreicht werden - es könnten also jährlich rund 20.000 Tonnen CO₂ abgeschieden werden.

ERZ macht weiter darauf aufmerksam, dass sich auf dem gleichen Gelände auch noch eine Biogasaufbereitungsanlage befinde, welche das Potenzial zur Abscheidung von weiteren 5.000 Tonnen CO₂ bieten würde. "Die Investitions- und

INHALTSVERZEICHNIS

SCHWEIZ

Zürcher Entsorgungsgesellschaft ERZ arbeitet an CCS-Projekt	1
Teil der Wasserkraftreserve für Winter beschafft	2
Bundesrat stimmt Motion zu ehehaften Wasserrechten nur teilweise zu	2
ZEV von Primeo mit Verbrauchsvisualisierung in Echtzeit	3
AKW Gösgen für vier Wochen in Revision	3

DEUTSCHLAND

Heizgesetz: Habeck offen für späteren Start im Bestand	4
Zuschlag: EnBW beteiligt Sparkassen an Transnet BW	4
Schwerin hängt Preisschild an LNG-Terminal Mukran	5
Branche drängt auf Ziele für Offshore-Elektrolyse	6

EUROPA

Studie: Österreich könnte Ziele des EAG bis 2030 verfehlen	6
--	---

Betriebskosten für eine CO₂-Abscheidungs- und -Verflüssigungsanlage wurden in der Machbarkeitsstudie auf 210 bis 290 Franken pro Tonne CO₂ beziffert", so das Unternehmen weiter. Dazu kommen die Kosten für den Transport und die Endlagerung des CO₂, deren Höhe ERZ mit dem Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung dieser Leistung feststellen wird. Sobald nach Abschluss der Submission Klarheit über die Kosten besteht, wird ERZ demnach die benötigten Ausgabeentschlüsse beantragen.

Abgeschiedene Emissionen würden als Negativ-Emissionen angerechnet

Um den Ausstoss von Klimagasen stadtwweit auf netto null zu senken, sind laut ERZ zusätzlich zu Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses auch negative Emissionen notwendig. Die Entsorgungsgesellschaft schreibt hierzu, dass Negativ-Emissionen am besten durch die Abscheidung von CO₂ an grossen Punktquellen wie Verbrennungsanlagen erreicht würden. Da Klärschlamm biologischen Ursprungs sei, gelte das bei der Verbrennung verursachte CO₂ als 100 Prozent klimaneutral. "Bei einer Abscheidung und langfristigen Speicherung von CO₂ aus der Klärschlammverwertungsanlage würden sogenannte Negativ-Emissionen gutgeschrieben", betont das Entsorgungs- und Recyclingunternehmen. /mg

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Teil der Wasserkraftreserve für Winter beschafft

Bern (energate) - Die erste Runde der Ausschreibung für die Wasserkraftreserve im kommenden Winter 2023/2024 ist abgeschlossen. Dabei erhielten Gebote im Umfang von 165 GWh einen Zuschlag, wie die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) mitteilt. Die Kosten für diese erste Tranche belaufen sich demnach auf 27 Mio. Euro. Die Übertragungsnetzbetreiberin Swissgrid hatte die Ausschreibung durchgeführt. Dabei hätten unterschiedliche Anbieter 135 Gebote mit total 673 GWh eingereicht, so die Elcom weiter. Die Teilmenge von 165 GWh, für die man sich nun entschieden habe, liege im Rahmen der vorab bestimmten Eckwerte für die Teilausschreibungen. Insgesamt visiere man ein Gesamtvolumen von 400 GWh mit einer Toleranz von 133 GWh nach oben oder unten an. Laut Analysen liessen sich die Kosten für die beschaffte Teilmenge im Umfang von 27 Mio. Euro durch die Preiserwartungen am Strommarkt erklären, führt die Elcom aus. Daraus resultiere ein Durchschnittspreis von 162,6 Euro/MWh für die zugeschlagene Menge Energie.

Die jetzige sowie die künftigen Reserve-Ausschreibungen gehen auf die bundesrätliche Verordnung über die Errichtung einer Wasserkraftreserve zurück. Damit soll gegen Winterende

eine allfällige Phase mit reduzierten Stromimportmöglichkeiten und geringerer Verfügbarkeit inländischer Produktion überbrückt werden. Die Kosten für die jetzige und alle kommenden Ausschreibungsrunden werden über einen Zuschlag auf den Netztarif weitergereicht. Somit tragen sie alle Schweizer Stromkonsumenten gemäss ihrem Verbrauch. /mj

WASSERKRAFT

Bundesrat stimmt Motion zu ehehaften Wasserrechten nur teilweise zu

Bern (energate) - In einem Vorstoss hat die nationalrätliche Umwelt- und Energiekommission (Urek-N) vom Bundesrat gefordert, Wasserkraftwerke mit privaten Wasserrechten besserzustellen. Der Bundesrat spricht sich aber nur bedingt für die Motion aus. Konkret verlangt die Vorlage einen Gesetzesentwurf, der den Bestand ehehafter Wasserrechte sichert sowie deren Aufnahme als selbstständige und dauernde Rechte ins Grundbuch ermöglicht. Weiter solle die Gesetzesvorlage regeln, in welchem Zeitrahmen Wasserkraftwerke mit ehehaften Wasserrechten die geltenden Sanierungspflichten beziehungsweise Restwasservorschriften einhalten müssen. Dabei sollen die betroffenen Kraftwerke nach dem Willen der Urek-N materiell möglichst gleich behandelt werden wie auf öffentlich-rechtlichen Konzessionen beruhende Wasserkraftwerke.

Weitere Nachrichten und
Marktdaten online unter
www.energate-messenger.ch.

Einfach einloggen und
weiterlesen.

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.

Dauerhafte Rechte nicht verfassungskonform

Der Bundesrat hat nun zwar die Annahme der Punkte zu den Wasserkraftwerken beantragt. Er lehnt aber die Forderung nach einer Bestandssicherung ehehafter Wasserrechte sowie deren Aufnahme ins Grundbuch als dauerhafte Rechte ab. In einer Stellungnahme begründet die Regierung dies damit, dass "ein ewiges Wasserrecht ohne zeitliche Begrenzung (…) dem verfassungsmässigen Hoheitsanspruch des Staates auf öffentliche Gewässer" widerspräche. Die Regierung spricht sich aber klar dafür aus, dass eine gesetzliche Regelung ausgearbeitet wird, welche die Umsetzung der Sanierungspflicht nach Art. 80 Abs. 1-3 GschG sowie Art. 31 ff. GschG für Inhaber von ehehaften Rechten vorsieht.

Sollte der Nationalrat der Kommissionsmotion dennoch vollständig zustimmen, werde der Bundesrat im Ständerat einen Abänderungsantrag stellen, heisst es in der Stellungnahme weiter. Die Verfassungskonformität solle sichergestellt werden, indem der Bestand bestehender ehehafter Wasserrechte nur bis zum Jahr 2040 gesichert wird./mj

STROM

ZEV von Primeo mit Verbrauchsvisualisierung in Echtzeit

Arlesheim/Münchenstein (energate) - Die Energieversorgerin Primeo Energie mit Sitz in Münchenstein hat in Arlesheim/BL einen neuen Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV) eingeweiht. Mittels cloudbasierter Messtechnik erhalten alle ZEV-Mitglieder und die Gebäudeverwaltung ihren Verbrauch in Echtzeit visualisiert. Dies geschieht über eine eigens entwickelte ZEV-App und eine Weboberfläche, wie Primeo mitteilt. Der gesamte

Abrechnungsservice werde über die Cloud abgewickelt und ermögliche so präzise Verbrauchsdaten.

Der ZEV in der Arlesheimer Siedlung Seidentor mit acht Mehrfamilienhäusern in vier Doppelgebäuden umfasst PV-Anlagen auf den Dächern. Der Solarstrom fliesst laut Primeo direkt vom Dach an die Stockwerkseigentümer. Alle Panels kommen demnach auf eine Gesamtleistung von 195 kWp, pro Jahr produzieren sie zusammen rund 185.000 kWh Strom und damit Elektrizität für mehr als 60 Haushalte. Die Panels liefern auch den Strom für die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in der Tiefgarage der Siedlung. Letztere hat Primeo nach eigenen Angaben mit der Ladenetzbetreiberin Move im ZEV installiert, die Solaranlagen auf den Dächern mit der Helion Solar AG. Die Module stammen von Herstellerin Meyer Burger./mj

KERNENERGIE

AKW Gösgen für vier Wochen in Revision

Däniken (energate) - Am Samstag, 27. Mai, geht das Kernkraftwerk Gösgen bei Däniken planmässig zur Jahresrevision vom Netz. Laut Betreiberangaben dauert der Betriebsunterbruch für Brennelementwechsel und Unterhaltsarbeiten rund vier Wochen. Während der Revision werden 36 der insgesamt 177 Brennelemente ersetzt. Zusätzlich führten die AKW-Mitarbeiter mit Unterstützung von rund 1.000 externen Fachkräften umfangreiche wiederkehrende Prüfungen und Instandhaltungsarbeiten an bau-, maschinen-, elektro- und leittechnischen Systemen und Komponenten durch, teilte die AKW-Betreiberin, die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, mit. Zu den Schwerpunkten der jetzigen Jahresrevision gehören demnach im nuklearen Teil der Anlage die Überprüfung der Reaktorbolzen und eines Dampferzeugers sowie Schweissnaht-

IRGENDWAS

MIT

ENERGIE

Der energate-Podcast

Interviews und Diskussionen mit prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden & Wissenschaft.



Jetzt anhören

prüfungen am Reaktordeckel. Im konventionellen Teil generalüberhole man eine Niederdruckturbine und ersetze einen Wasserabscheider-Zwischenüberhitzer. Im Schaltanlagegebäude werde ein Teil der Batterien ausgetauscht. /mj

DEUTSCHLAND

WÄRMEWENDE

Heizgesetz: Habeck offen für späteren Start im Bestand

Berlin (energate) - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist bereit, das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in einem wesentlichen Punkt zu ändern: bei den Fristen für Neu- und Bestandsgebäude. "Wir könnten ab dem 1. Januar 2024 mit dem Umstieg für Neubauten anfangen. Bei den Bestandsgebäuden würde ich gern den Wunsch nach mehr Zeit aufnehmen", sagte Habeck der Funke-Mediengruppe. Er verwies auf fehlende Fachkräfte und Lieferengpässe bei Material.

Habeck kommt damit unter anderem Forderungen aus den Bundesländern entgegen, die den Start der Regelungen im Bestand in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Gesetz kritisch bewertet hatten. Die Länder hatten auch auf Personalknappheit hingewiesen. In einem aktuellen Papier der SPD-Bundestagsfraktion heißt es ebenfalls, dass für den Bestand andere Fristen für den Start des GEG denkbar seien. Mit dem Gesetz soll das in der Koalition vereinbarte Ziel, neu eingebaute Heizungen nur noch mit einem Anteil von 65 Prozent erneuerbare Energien zuzulassen, verbindlich werden.

Bei den möglichen Technologien, um die Auflagen zu erfüllen, zeigt sich Habeck nun ebenfalls gesprächsbereiter. Er nannte etwa Holzpellets. Für eine breitere Rolle der Biomasse auch in Neubauten hatte unter anderem die bayrische Landesregierung geworben. Lob für die Signale des Ministers kommt aus der FDP. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Michael Kruse, sprach von einer späten, aber richtigen Erkenntnis. "Für das Einsparen innerkoalitionärer Energieverbräuche wäre es sehr wünschenswert, wenn derartige Erkenntnisse des Ministers in Zukunft bereits bei Erstellung von Gesetzen einfließen." Mit der Bereitschaft zur grundlegenden Überarbeitung könne ein gutes Gesetz entstehen.

GEG nicht auf der Juni-Tagesordnung

Streit gibt es indes weiter um den Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens. Der Ältestenrat des Bundestages hat sich am 25. Mai auf die vorläufige Tagesordnung des Bundestages für die kommenden Sitzungswochen geeinigt. Das Gebäudeenergiegesetz steht nicht darauf. Wenn dies so bliebe, wäre eine Verabschiedung vor der Sommerpause in zweiter und dritter Lesung sowie die Expertenbefragungen damit endgültig unmöglich.

Die Grünen üben deswegen heftige Kritik an der FDP. "Die FDP-Fraktion blockiert weiter die parlamentarischen Beratungen des Gebäudeenergiegesetzes. Sie sabotiert damit den mit Kanzler Scholz vereinbarten Zeitplan", erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Julia Verlinden. Die Arbeitsfähigkeit der Ampel nehme wegen des Verhaltens der FDP Schaden. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass das GEG doch noch im Juni im Bundestag beraten wird. Zu Beginn jeder Sitzungswoche beraten die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen über die Tagesordnungen und ändern diese bei Bedarf.

VKU: Umstellung der Wärmenetze braucht mehr Zeit

Sollte das GEG doch erst nach dem Sommer beraten werden, würde es gleichlaufen mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung. Im Entwurf ist dieses in der laufenden Woche bekannt geworden. Vorgesehen ist etwa, dass Wärmenetze ab 2030 über einen Erneuerbarenanteil von 50 Prozent verfügen müssen. Aus Sicht des Stadtwerkeverbandes VKU ist dies zu schnell, wie Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einem Interview im Deutschlandfunk betonte.

Kommunen bis 100.000 Einwohnern haben laut Entwurf bis 2028 Zeit, Pläne für die Umstellung der Netze zu erstellen. Eine Umsetzung bis 2030 sei daher möglich, so Liebing. "Das sind kapitalintensive, teure Projekte, die auch Zeit kosten, und da gehen nicht so kurze Fristen", so Liebing. Die Bundesregierung will das Gesetz zur Wärmeplanung Ende Juni beschließen. /kw

TEILVERKAUF

Zuschlag: EnBW beteiligt Sparkassen an Transnet BW

Karlsruhe (energate) - Die EnBW ist künftig nicht mehr Alleineignerin der Transnet BW. Der Karlsruher Konzern veräußert knapp ein Viertel aller Anteile des Übertragungsnetzbetreibers an ein regionales Finanzkonsortium. Über finanzielle Details sei Stillschweigen vereinbart worden, teilte die EnBW mit. Demnach entschied sich der Konzern jetzt für das mehr als 30-köpfige Südwestkonsortium unter Führung eines Landesverbands der Sparkassen aus Baden-Württemberg. Die ARD-Rundfunkanstalt SWR will erfahren haben, dass die Allianz aus Banken und Sparkassen 1 Mrd. Euro für ihren Einstieg bezahlt. Finanzvorstand Thomas Kusterer kündigte an, das frische Kapital in weitere Energie-wende-Vorhaben investieren zu wollen.

Der Zuschlag der EnBW sei für das Südwestkonsortium von "historischer Bedeutung", sagte Peter Schneider, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg. "Sämtliche Mitglieder unserer Investorengruppe sehen sich als langfristig orientierte Finanzpartner", hieß es weiter. Generell gelten Infrastrukturinvestments wie dieses im Finanzsektor als begehrt. Darauf verwies die Anwaltskanzlei Rosin Büdenbender, die die Transaktion begleitete. Dass die Wahl der EnBW auf

das Südwestkonsortium als Käufer fiel, überrascht nicht. Die Sparkassen, Banken und Versicherungen waren seit Monaten als möglicher neuer gemeinschaftlicher Miteigner von Transnet BW gehandelt worden. Die Entscheidung der EnBW ist ohnedies Ergebnis eines mehrstufigen Verkaufsprozesses, den die EnBW schon 2022 mit Blick auf den immensen Investitionsbedarf bei Transnet BW angestoßen hatte.

Teilverkauf mit Blick auf kommende Milliardeninvestitionen

Anlässlich der Einigung mit dem neuen Investmentpartner verwies die EnBW darauf, dass die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young den finanziellen Aufwand für den Netzausbau im Rahmen der Energiewende bis 2045 auf 126 Mrd. Euro schätzen. Auf Transnet BW kommen EnBW zufolge für die Großvorhaben Suedlink und Ultratnet allein bis 2035 mindestens rund 10 Mrd. Euro Investitionsbedarf zu. Die neuen Miteigner werden dies entsprechend ihren Anteile mittragen, hieß es nun.

KFW als möglicher zweiter Investor von Transnet BW

Angesichts der benötigten Milliardensummen verwundert es nicht, dass das Südwestkonsortium nicht der einzige finanzstarke Investor bleiben könnte. Die staatliche KFW-Bank hält eine Option, die sie dazu berechtigt, zu den gleichen Konditionen wie das Südwestkonsortium ebenfalls knapp 25 Prozent an Transnet BW zu erwerben. Darüber werde "in den kommenden Wochen entschieden". Wichtig allerdings aus Sicht der EnBW: Unabhängig davon, ob der Bund über die KFW-Bank mittelbar Miteigner von Transnet BW wird, die Karlsruher bleiben mit in jedem Fall mit mindestens 50,1 Prozent maßgeblicher Mehrheitseigner bei dem Übertragungsnetzbetreiber. Das bedeutet, weder das regionale Finanzkonsortium noch die Staatsbank haben oder hätten eine Sperrminorität. Die EnBW-Führung selbst sprach in diesem Zusammenhang von einem "Bekenntnis zu den Übertragungsnetzen".

KFW könnte auch bei Tennet einsteigen

Ob die KFW tatsächlich bei Transnet BW einsteigt, ist offen. Schließlich ist die Bank aktuell in die milliardenschwere Rettung von Uniper involviert und gilt auch als ein wahrscheinlicher Abnehmer für die Deutschlandsparte der Tennet. Die Niederlande als Mehrheitseigner von Tennet wollen diesen Teil von Tennet - ebenfalls mit Blick auf die zu erwartenden Netzausbaukosten - verkaufen. Ferner laufen politische Gespräche mit den Erneuerbaren-Verbänden des BEE, bei denen es darum geht, die Zinssätze für die Erneuerbaren-Programme der KFW zu erhöhen. Eine Entscheidung dazu sei noch nicht gefallen, hieß es bei einem Policy Briefing des Windkraftverbandes BWE.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat mit dafür gesorgt, dass die öffentliche Hand anders als in der Vergangenheit auf zentrale kritische Infrastruktur schaut und diese im Zweifel nicht privaten Großinvestoren oder anderen Staaten überlassen will. Zuvor schon, im Jahr 2018, hatte die

KFW im Auftrag des Bundes 20 Prozent am Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz übernommen. Mehrheitseigner dort ist die belgische Elia Group./pa

FORDERUNGSKATALOG

Schwerin hängt Preisschild an LNG-Terminal Mukran

Schwerin (energate) - Das Land Mecklenburg-Vorpommern hängt an das vom Bund geplante LNG-Terminal auf Rügen ein Preisschild. "Wer Akzeptanz will, muss Zukunftsfähigkeit sicherstellen", sagte Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bei einem Pressegespräch in Schwerin. Meyer stellte dabei gemeinsam mit Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) einen Forderungskatalog an den Bund vor, der Investitionsprojekte im Umfang von 1 Mrd. Euro vorsieht. Dazu gehören der Ausbau des Hafens Mukran, eine verbesserte Anbindung der Insel Rügen durch den Ausbau von Verkehrswegen und die Vision, Rügen zu einer Modellregion für die Wasserstoffwirtschaft zu machen.

Rügen als Vorreiter beim Wasserstoff

"Wasserstoffinsel Rügen" nannten Meyer und Backhaus ihre Idee. Demnach sollten die Laufzeiten der am Hafen Mukran geplanten LNG-Terminals zeitlich klar befristet sein, sagte Umweltminister Backhaus. Innerhalb "von zehn Jahren" müsse Schluss sein mit dem Import von Erdgas. Die Anlagen sollten dann für die Anlandung von Wasserstoff oder Derivate umgerüstet werden. Außerdem fordert die Regierung in Schwerin Bundesmittel für den Aufbau eines Großelektrolyseurs auf Rügen. "Über Wasserstoff wollen wir zu einer fossilfreien Insel kommen." So könnte beispielsweise die Abwärme der Elektrolyse Wärme für die Insel liefern. Dazu müsse der Bund in dieser Legislaturperiode die Weichen stellen, forderte Backhaus.

Die beiden Minister von der SPD machten deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern für den Bau eines LNG-Terminals auf der Insel Gegenleistungen vom Bund erwarte. Ziel müsse es sein, den Hafen Mukran über den Import von LNG hinaus zu einem Zukunftsstandort zu machen. Die Landespolitiker haben dabei auch die Ertüchtigung als Versorgungshafen für die Offshore-Windindustrie im Blick. "Dabei geht es nicht nur um den Transport, auch Komponenten könnten am Standort produziert werden", sagte Wirtschaftsminister Meyer. Der SPD-Politiker bezeichnete die vorgestellten Projekte als "Akzeptanzmaßnahmen". Denn vor Ort gibt es weiterhin großen Widerstand gegen das geplante LNG-Terminal.

Abstimmung im Bundesrat als Druckmittel

Die beiden Landespolitiker machten außerdem auch deutlich, dass sie mit der Kommunikation des Bundes nicht einverstanden sind. Konkret kritisierten sie, dass der Landesregierung nicht einmal 24 Stunden eingeräumt wurden, um zum

LNG-Gesetz des Bundes Stellung zu beziehen. "So geht man nicht miteinander um", sagte Backhaus in Richtung des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums. Der SPD-Politiker stellte klar, dass er jetzt ein Entgegenkommen des Bundes erwarte. Sonst sei die Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns zum LNG-Gesetz im Bundesrat nicht gewiss. Minister Meyer signalisierte aber auch Kompromissbereitschaft. Die Inbetriebnahme des Terminals zum Jahresende, wie vom Bund geplant, sei weiterhin möglich. /cs

WASSERSTOFFPRODUKTION

Branche drängt auf Ziele für Offshore-Elektrolyse

Helgoland (energate) - Die Wasserstoffwirtschaft fordert Leitlinien für die Produktion auf hoher See. Grünen Wasserstoff vor Ort mit Offshore-Windstrom herzustellen, hat großes Potenzial - ist aber noch nicht ausreichend geregelt.

Das kritisiert ein Bündnis, dem Unternehmen und Verbände entlang der Wasserstoff-Wertschöpfungskette angehören, darunter Aquaventus, der BDEW, Gascade, RWE oder Vestas. In einem gemeinsamen Papier appellieren sie an die Bundesregierung, "als ersten Schritt" in die Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) eine Strategie speziell für Offshore-Wasserstoff aufzunehmen. Das soll Investitionssicherheit bringen. Mit der NWS will die Regierung grünen Wasserstoff als Alternative zu fossilen Energieträgern fördern. Die aktuell diskutierte Fortschreibung der NWS wurde eigentlich für Mai erwartet, wird sich aber bis in den Juni verzögern.

10.000 MW bis 2035

In ihrem "Appell" betitelten Papier fordert die Branche nun "klare und nachhaltige Perspektiven, um Wertschöpfungsketten aufzubauen und Investitionen zu tätigen". Drei Punkte sind ihr dabei besonders wichtig: erstens, ein in der NWS verankertes Ziel von 10.000 MW installierter grüner Wasserstoffleistung auf See bis zum Jahr 2035. Zudem wünschen sich die Unterzeichner einen Netzentwicklungsplan für die künftig benötigten Offshore-Pipelines. Deutschland, Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich haben sich im April in Ostende darauf verständigt, bis 2030 zusammen Elektrolysekapazitäten von insgesamt 30.000 MW - auf dem Land und auf See - aufzubauen. Die NWS solle darüber hinaus vorsehen, sich mit weiteren Partnern wie Schottland oder Norwegen zu vernetzen.

Neue Branchenquoten

Die dritte zentrale Forderung beinhaltet "verlässliche Anreize für einzelne Branchen zur Nutzung von grünem Wasserstoff", zum Beispiel über Klimaschutzverträge oder Quoten. Das Bündnis pocht außerdem darauf, dass der Bund "für die Infrastruktur angemessene, berechenbare und stabile Netzentgelte" erhebt. /dz

EUROPA

ENERGIEWENDE

Studie: Österreich könnte Ziele des EAG bis 2030 verfehlen

Wien/Berlin (energate) - Österreich könnte sein Ziel, bis 2030 den gesamten Strombedarf bilanziell aus Erneuerbaren zu decken, verfehlen. Das Ziel sei zwar bis 2035 erreichbar, dann allerdings nur mit einem Ausbaubedarf von circa 40 TWh. Die aktuell im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) festgeschriebenen 27 TWh bis 2030 werden hierfür nicht ausreichen, erklärte Florian Haslauer in einer Studie des Berliner Beratungsunternehmens Eventure Consulting. Zuvor hatten auch Vertreter der österreichischen Energiewirtschaft wiederholt darauf hingewiesen. Trotz des starken Ausbaus und der bilanziellen Deckung des Jahresstromverbrauchs durch Erneuerbare sei eine bedarfsgerechte und sichere Stromversorgung ausschließlich durch Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft nicht zu gewährleisten, resümierte Haslauer.

"Entweder Überschüsse oder Defizit"

"In einem von wetterabhängiger Erzeugung geprägten Stromsystem ist zu keiner Zeit eine genaue Deckung des Bedarfs durch Erneuerbare gegeben", sagte Haslauer. Entweder fallen Überschüsse an oder es bestehe ein Defizit. Es sei wichtig, mit der Vorstellung aufzuräumen, nur mit erneuerbarer Stromerzeugung den Strombedarf jederzeit abzudecken, erklärte der Experte.

Zudem seien im Jahr 2035 trotz einer hundertprozentig bilanziellen Abdeckung des Strombedarfs durch Erneuerbare flexible Kraftwerkskapazitäten in signifikantem Ausmaß erforderlich. Aus heutiger Sicht seien das erdgasbetriebene und teilweise wasserstoffbetriebene Gaskraftwerke, heißt es in der Studie. Eine Analyse zeige darüber hinaus, dass durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Erzeugung der Bedarf an flexiblen Kapazitäten nicht deutlich reduziert werden kann.

Hohe Kosten, keine günstigeren Strompreise

Schlussendlich seien mit dem Umbau des Stromsystems auch hohe Investitionen verbunden. Für den Ausbau der notwendigen Kapazitäten im Bereich PV, Wind- und Wasserkraft rechnet Eventure mit Kosten von rund 31 Mrd. Euro. Der Aufbau flexibler Erzeugung und Speicher schlägt nochmal mit circa 5 Mrd. Euro zu Buche. Zusätzlich rund 30 Mrd. Euro sind für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze zu veranschlagen.

Zudem werden infolge des Umbaus des Energiesystems auf erneuerbare Energiequellen die Strompreise nicht sinken. Für die nächsten zehn Jahre erwartet das Beratungsunternehmen die Strompreise zumindest auf dem doppelten Niveau im Vergleich zu den vergangenen 15 Jahren. Dies spiegle die Kosten der Dekarbonisierung und der Energiewende

wider, hieß es. Es müsse klargemacht werden, dass mit der Erhöhung der erneuerbaren Stromerzeugung die Strompreise langfristig nicht sinken, meinte Haslauer.

Modellierte Lastkurve als Grundlage der Studie

Als Grundlage für die Studie diente eine modellierte Residuallastkurve für 2035 mit Annahme zu Stromverbrauch,

Erzeugungsstruktur und Flexibilitätspotenzialen, erklärte das Beratungsunternehmen. Zudem wurde der Bruttobedarf an flexibler Last, der sich aus einer bilanziell ausgeglichenen Erzeugung von erneuerbarem Strom ergibt, berechnet und den unterschiedlichen Flexibilitätspotenzialen gegenübergestellt. Aus der verbleibenden Defizitlast wurde dann der Bedarf an zusätzlich zu schaffender flexibler Erzeugung abgeleitet, erklärte der Experte./af



täglich.
aktuell.
informiert.

Der ener|gate messenger Schweiz für alle:
Mit den günstigen Team- und Unternehmenslizenzen Geld sparen!

ener|gate
messenger.ch